

Die Ursachen

Die soziale Frage hatte vier wesentliche Ursachen:

1. Die Entstehung einer breiten Schicht gewerblicher Lohnarbeiter, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen und politischen Situation völlig abhängig vom Arbeitgeber waren.
2. Niedrige Löhne, die aufgrund des Überangebots an Arbeitskräften von den Unternehmern an der Grenze des Existenzminimums gehalten wurden.
3. Die große Konkurrenz im Handwerk drückte die Einkommen.
4. Der Wirtschaftsliberalismus verhinderte bis Mitte der Achtzigerjahre ein staatliches Engagement und machte auch privatunternehmerische Lösungsversuche zur Ausnahme.

Der soziale Konflikt

1871 waren allein in Berlin 10600 Personen obdachlos. Das harte Vorgehen der Behörden gegen sie führte im Juli 1872 zu erbitterten Barrikadenkämpfen, die von der Polizei niedergeschlagen wurden.

ter Art“ auf der einen und „ungeheuren Gewinnen ohne jede volkswirtschaftliche Gegenleistung“ auf der anderen Seite. Dieser offen zu Tage tretende Konflikt äußerte sich in harten Fabrikordnungen, Aussperrung und Ausbeutung einerseits und Streiks, Lohnkampf und politischen Forderungen andererseits.

Adel und Bürgertum hielten das Proletariat für unmündige Kinder, denen eine starke Hand Not tue oder sogar für vaterlandsloses (vgl. Marx: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“), sittlich und moralisch gefährdetes oder sogar verkommenes Gesindel. Sorgen machte man sich in diesen Kreisen jedoch nicht, denn das **Bündnis zwischen Adel und Bürgertum** stand fest. Die Monarchie hielt man für unerschütterlich, das Heer sah man als sicheren Garanten der bestehenden Verhältnisse an.

Die Veränderung der Arbeitswelt

Die Industrialisierung brachte eine völlige Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen mit sich. Hatte früher der Mensch sich der **Maschine** bedient, so diente er nun ihr. Er war zu ihrem Sklaven geworden. Sie **diktierter das hohe Arbeits-tempo** und den meist monotonen Arbeitsrhyth-

Daran zeigte sich deutlich, dass trotz Reichsgründung und wirtschaftlichem Aufschwung die sozialen Konflikte die Gesellschaft in zunehmendem Maße bestimmten. Vor allem der Gegensatz zwischen Arm und Reich wurde immer größer. Ein Zeitgenosse sprach vom „Massenelend furchtbar-



Thomas Theodor Heine, Eine unverschämte Person (1896): „Bitt'schön – wenn der Herr Hund vielleicht nicht alles aufessen kann ...“

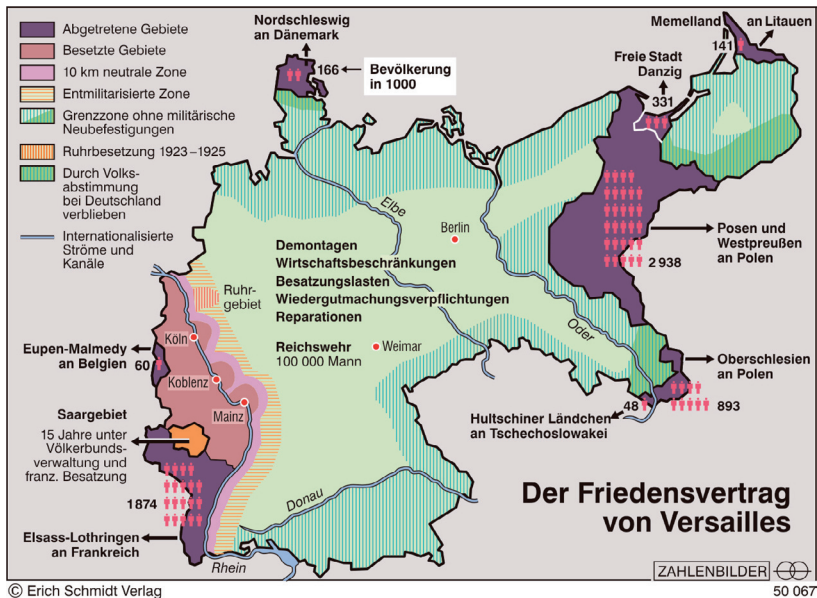
BPK/VG Bild-Kunst, Bonn 2007

mus und zwang ihn, sich der Maschine anzupassen. Häufig beklagten die Betroffenen auch, dass die Arbeitsteilung die Arbeit selbst unbefriedigend mache, da sie keine Identifizierung mit dem fertigen Produkt erlaube. Die Unterordnung und die Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse erzwangen harte Fabrikordnungen, die die Fabrikbesitzer nach Gutdünken erließen. Deshalb wurden die **Fabriken** von vielen Arbeitern als „**despotischer Staat im Kleinen**“ angesehen, in dem „Gehorsam als einzige Bürgerpflicht“ galt.

Das Trucksystem

Das **Trucksystem** verdeutlicht die extreme Abhängigkeit der Arbeiter. Es bedeutet, dass sie ihren Lohn entweder in Waren vom Unternehmer erhielten oder diese von ihm kaufen mussten. Oft waren diese Waren unnütze, billige Produkte von schlechter Qualität oder Lebensmittel, für die sie überhöhten Preise bezahlen mussten. Die Fabrikanten hatten dadurch einen zweiten Gewinn, die Arbeiter konnten keine finanziellen Rücklagen bilden und sich deshalb nicht aus der völligen Abhängigkeit von ihren Brotherren lösen.





Die Annahme des Vertrags

Nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands wurden die deutschen Illusionen bezüglich eines milden Wilson-Friedens rasch zerstört. Gegen den am 7.5.1919 überreichten Vertrag (440 Artikel) protestierte die Regierung Scheidemann (SPD) heftig. Die Alliierten reagierten mit einem Ultimatum: Annahme oder sofortige Besetzung. Das Gefühl betrogen, geknechtet zu werden, bestimmte die Beurteilung des Vertrags durch die Deutschen, die den „Schmach-“ oder „Karthagofrieden“ (völlige Zerstörung Karthagos 146 v.Chr. durch Rom) einheitlich ablehnten. Kanzler Scheidemann trat am 20. 6. zurück, die nachfolgende Regierung Bauer (SPD) nahm den Vertrag zähneknirsch an.

Die Dolchstoßlegende

Sie wurde von Hindenburg in die Welt gesetzt. Er behauptete, ein englischer General habe ihm erklärt, das **deutsche Heer sei von hinten** [in diesem Falle: von der Heimat] **erdolcht worden**. Damit wies er indirekt die Schuld den Parteien zu, die einen Verständigungsfrieden gefordert hatten. Für die Masse des Volkes war die Dolchstoßlegende

plausibel: Bei Kriegsende standen keine fremden Truppen auf deutschem Boden, der Krieg war im Osten siegreich beendet worden. Die Dolchstoßlegende hatte eine **ungeheure propagandistische Wirkung**, da die Schuld am verlorenen Krieg und am Versailler Vertrag Sündenböcken, den demokratischen Parteien, den „feigen Pazifisten“ oder „Novemberverbrechern“ zugeschoben werden konnte.

Die Beurteilung des Vertrags

Er wurde von allen Parteien und der Bevölkerung einheitlich als **ungerecht, überhart und fehlerhaft** angesehen. Zusammen mit der Dolchstoßlegende wurde er zum entscheidenden propagandistischen Kampfmittel der Rechten gegen den demokratischen Staat. **Heutzutage** ist die **Beurteilung** vor dem Hintergrund von 1945 **gemäßigter**, da er vergleichsweise geringe territoriale Verluste gebracht, nicht zur Besetzung geführt und Deutschland die Chance gelassen hatte, wieder eine Großmacht zu werden.



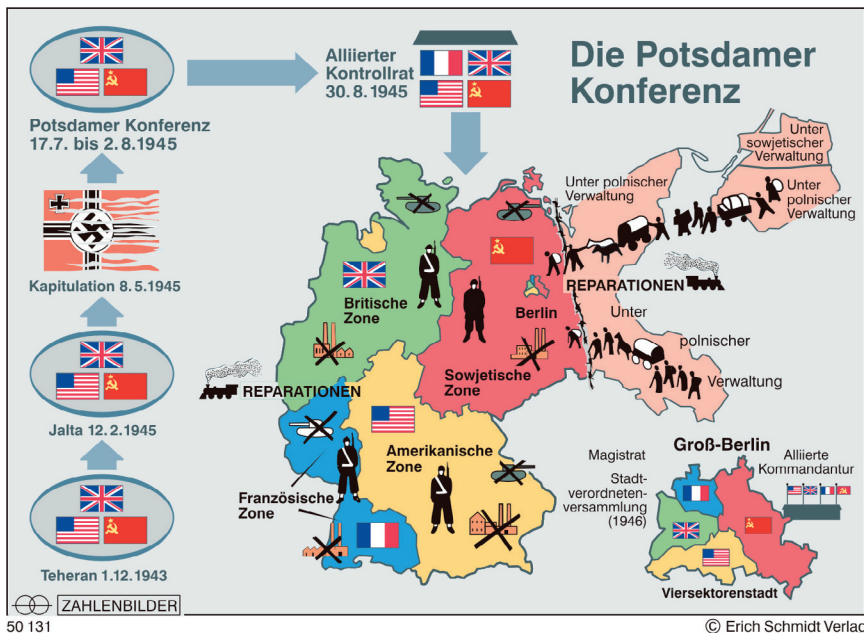
Langfristig wirkende Bestimmungen

Die **gemeinsame Verwaltung** scheitert an der Einstimmigkeit und am Ost-West-Konflikt. Folge: Keine gemeinsame Deutschlandpolitik. Die **wirtschaftliche Einheit** wird nicht realisiert und ist deshalb kein Bindeglied für Deutschland. **Demokratie**: Konträre Vorstellungen führen zur westlich-demokratischen Bundesrepublik Deutschland (BRD) bzw. zur volksdemokratischen Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Die (provisorischen) **territorialen Bestimmungen** sieht die UdSSR im Gegensatz zu den Westmächten bald als definitiv an. Damit bleibt die Oder-Neiße-Grenze ein Kernproblem der deutschen und europäischen Politik bis 1990 (s. KK 92).

Die Beurteilung des Abkommens

Potsdam hatte eine **Doppelfunktion** (Ende der gemeinsamen, Beginn der divergierenden Deutschlandpolitik der Sieger) und war deshalb die **wichtigste Konferenz der Anti-Hitler-Koalition**. Schnell

le **Einigung** wurde **bezüglich** der Grundsätze der **Behandlung Deutschlands** erzielt: Demilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung, Demontage, Dezentralisierung. **Streitpunkte** waren die **Reparationen** und die **territoriale Frage**. Stalin wollte Reparationen aus allen Zonen (vor allem aus dem Ruhrgebiet), was die Westmächte ablehnten. Mit der Teilung in ein westliches und östliches Reparationsgebiet wurde im Prinzip die Teilung Deutschlands beschlossen. Die Aufschiebung der territorialen Frage sowie terminologische und inhaltliche Ungenauigkeiten bzw. Kompromisse ermöglichten später eine **konträre Interpretation des Abkommens**. Juristisch band es lediglich die sie unterzeichnenden Regierungen. Für die Bundesrepublik und die Westmächte schuf es keine normative staatliche Grundlage; DDR und Ostblock dagegen bewerteten das Abkommen als rechtsverbindlich und als einzig rechtliche Basis für die Entstehung eines „wahrhaft“ demokratischen deutschen Staates.



Staats- und Einigungsvertrag

Der rapide Verfall der DDR-Wirtschaft, die extrem hohe Staatsverschuldung und der lautstarke Wunsch der Masse der DDR-Bürger nach schnellen Veränderungen ließen für den **Staatsvertrag** keine Zeit für längere volkswirtschaftliche Überlegungen. Die äußerst komplexe und komplizierte Problematik der Währungs- und Wirtschaftsunion schrumpfte deshalb auf die Frage des „richtigen“ Umstellungskurses (für DDR-Löhne, Gehälter, Renten, Mieten, Pachten, Bankguthaben etc.) zusammen. Nur zwei Monate nach der Volkskammerwahl unterzeichneten beide Staaten den Staatsvertrag. Er trat – **für viele zu schnell und überhastet** – schon am 1. Juli nach der Billigung durch die beiden Parlamente in Kraft.

Der **Einigungsvertrag** war trotz breiter Zustimmung in Details heftig umstritten (z. B. bei Fragen der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit). Über seine **außenpolitische Bedeutung** dagegen waren

Die Einschätzung der Vereinigung durch das Ausland

Am 3. Oktober feierten die Deutschen unter großer Anteilnahme des Auslands die nationale und territoriale Vereinigung. Entscheidend war, dass Deutschland seine Einheit in Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn und Partnern auf friedlichem Wege erreicht hatte. Deshalb überwog im Ausland die positive Einschätzung der Vereinigung.

Die **französische Zeitung „Le Monde“**: „Fürchten die Franzosen die deutsche Einheit? Ja, natürlich. Sie fürchten die große Macht von 77 Millionen Einwohnern mitten in Europa, die starke Industrie. ... Dennoch bleibt festzuhalten, dass das heutige Deutschland nicht mehr das unserer Väter und Großväter ist. Die Deutschen haben ... zum größten Teil dem Nationalismus abgeschworen und sich dem Aufbau eines einigen Europas gewidmet.“

Die **sowjetische Zeitung „Iswestija“**: „... Dennoch entsteht bei vielen Leuten die Frage, ob man den Deutschen eines vereinigten Deutschlands trauen

sich alle Parteien trotz der erheblichen Skepsis der Nachbarstaaten wegen der befürchteten dominierenden Rolle des vereinten Deutschlands in Europa oder gar gegenüber dem Rückfall in nationalistische Machtpolitik einig. Deshalb betonte die Präambel die internationale Bedeutung des Vertrags stark: Das vereinte Deutschland werde einen Beitrag zur Einigung Europas und zum Aufbau einer europäischen Friedensordnung leisten. Die europäische Bindung bedeute eine **klare Absage** an eine **nationalistische Politik**.

kann. ... Doch meine Antwort lautet: Ja, man kann Vertrauen haben.“

Die **tschechische „Lidova Demokracie“**: „Die Wiedervereinigung ... erweckt hier überwiegend keine Ressentiments aus alten Zeiten, sondern vielmehr Hoffnungen, dass die Zusammenarbeit der Länder Mitteleuropas eine bedeutende Rolle spielen wird.“

Die **Wiener „Allgemeine Zeitung“**: „Die Deutschen hatten das erste und das letzte Wort. Eins-Plus-Rest-Gespräche, das waren die Verhandlungen um die Wiederherstellung deutscher Souveränität. Letztlich hat Bonn die Verhandlungen diktiert. ... Im Verlauf dieser Verhandlungen spiegelte sich die neue Machtstruktur der alten Welt. Deutschland hat diktiert. Nein, nicht mittels militärischer Macht. Heute regiert der gar nicht so diskrete Charme der D-Mark.“



Der **Brüsseler Pakt** war der erste westeuropäische Zusammenschluss. 1949 gründeten Großbritannien, Irland, Frankreich, Italien, die Benelux-Staaten, Dänemark, Norwegen und Schweden den **Europarat** (Hauptziel: Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts). Die **Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl** vereinbarte die Kontrolle der kriegswichtigen Güter Kohle und Stahl und deren koordinierten Einsatz für den europäischen Wiederaufbau. Der Ost-West-Konflikt bewirkte 1952 die **Europäische Verteidigungsgemeinschaft** und zwei Jahre später die gegen die UdSSR gerichtete **Westeuropäische Union**, die der europäische Pfeiler der NATO ist. In den Römischen Verträgen (1957) gründeten Frankreich, die Bundesrepublik, Italien und die Benelux-Staaten die **Europäische Atomgemeinschaft** (Ziel: Friedliche Nutzung der Atomenergie) und die **Europäische Wirtschaftsgemeinschaft** (Hauptziel: Förderung der gemeinsamen, koordinierten Wirtschaftspolitik). Der **Organization for**

Economic Cooperation and Development gehören neben westeuropäischen Staaten auch Japan, Kanada, die USA und die Türkei an. Sie will die Wirtschaftsentwicklung, das Wirtschaftswachstum und die Ausweitung des Welthandels fördern. Die **Europäischen Gemeinschaften** (EG) vereinten EGKS, EURATOM und EWG. Die **Europäische politische Zusammenarbeit** koordiniert die Außenpolitik der Mitgliedsstaaten der EG, die mit Gründung der EU (1992) in Europäische Gemeinschaft umbenannt wurde, um die politische Bedeutung stärker zu betonen. Die **KSZE**, 1995 zur **OSZE** erweitert, war die erste vertragliche Vereinbarung auf gesamteuropäischer Ebene. Das **Schengener Abkommen**, dem heute fast alle westeuropäischen Staaten angehören, beinhaltet den Verzicht auf die Kontrolle des Personenverkehrs an den Grenzen. Der **Vertrag von Maastricht** begründete 1992 die EU, der 27 west- und osteuropäische Staaten angehören. Er ist das wichtigste Dokument der europäischen Einigung.

